

INITIATIVE GEGEN ARMUTSHANDEL

Kirchlich-gewerkschaftliches Positionspapier

Hubert Thiermeyer, ver.di Bayern, Fachbereich 12
Erich Guttenberger, ver.di Bayern, Erwerbslosenausschuss
Christian Bindl, katholische Betriebsseelsorge
Mike Gallen, katholische Arbeitslosenseelsorge
Philip Büttner, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
Fritz Blanz, Diakonisches Werk Bayern

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

„Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein...“
5. Mose 15,4

Bertolt Brecht

Ausgangslage

„Deutschlands Milliardäre sind so reich wie nie“, lautete eine Schlagzeile der Zeitung Die Welt vom 7. Oktober 2013. Der Artikel offenbarte, dass die 100 reichsten Deutschen zusammen fast 337 Milliarden Euro besitzen. Allein in den letzten zwölf Monaten wuchsen ihre Vermögen um 18 Milliarden Euro an. Auf der anderen Seite verharrt die Armut in Deutschland auf hohem Niveau. Das viel zitierte „German Jobwunder“ zeigt bislang kaum soziale Wirkung. Obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach 2005 rapide sank, stieg die Quote der armutsgefährdeten Menschen zwischen 2005 und 2012 laut Statistischem Bundesamt von 14,7 % auf 15,2 %. Die Zahl derjenigen, die von der Minimalsicherung „Hartz IV“ leben müssen, bleibt seit deren Einführung im Jahr 2005 oberhalb der Marke von sechs Millionen Menschen.

Armut und Reichtum sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Im Einzelhandel zeigt sich eine Zuspitzung der Entwicklung. Die drei Topplätze unter den reichsten Deutschen werden von Handelsmagnaten belegt. Nach Daten der Bundesregierung gelang dem Einzelhandel im letzten Jahrzehnt in etwa eine Verdopplung seiner Gewinne, während die Lohnzuwächse in diesem Zeitraum mit etwa 16 % nur die Inflation ausglich. Gut jeder fünfte Verkäufer verdient brutto nicht einmal 8,50 Euro pro Stunde. 130.000 Beschäftigte im Einzelhandel sind „Aufstocker“, d.h. sie sind neben ihrem Lohn zusätzlich auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Die Steuerzahler subventionierten die Niedriglöhne dieser hochprofitablen Branche im Jahr 2011 mit 1,5 Milliarden Euro Sozialleistungen.

Handelskette

Armut entsteht in allen Teilen der Handelskette. Es beginnt bei der Produktion. Kein geringer Teil der Waren, die der Handel importiert, wird unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt. In Brasilien werden die Orangen, aus denen unser Orangensaft gemacht wird, von wenigen Monopolisten produziert. Ihre Beschäftigten schufteten zu Hungerlöhnen und ohne jeden Arbeitsschutz. In Bangladesch mussten erst viele Menschen beim Einsturz einer Bekleidungsfabrik sterben, damit die Welt für eine kurze Zeit auf die dortigen Fertigungsbedingungen aufmerksam wurde. Für viele Länder, aus denen Deutschland billig Waren importiert, sind Arbeitsverhältnisse dokumentiert, die der Sklaverei sehr nahe kommen. Ein Menschenleben ist wenig Wert, wenn es um den Gewinn geht. Die Öffentlichkeit ist darüber kurzzeitig empört, doch an den Arbeitsbedingungen ändert sich wenig.

Kalkuliert wird dabei mit Überschüssen. Der Einzelhandel braucht sie, um zu jeder Zeit volle Regale präsentieren zu können. Das Wegwerfen überschüssiger Waren ist für den Handel kein Problem, sondern systemimmanent. Überschussproduktion kombiniert mit Preiskampf und enormen Gewinnerwartungen in allen Gliedern der Handelskette führen letztlich zu den prekären Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern wie in Deutschland.

Tafeln und Hartz-IV-Ökonomie

Auch ganz am Ende der Handelskette herrscht Armut. Denn Lebensmittel, die nicht mehr verkäuflich sind, werden vom Einzelhandel an die Tafeln weitergegeben, die sie wiederum an Bedürftige verteilen. Mit bundesweit mittlerweile 3000 Ausgabestellen haben sich die Tafeln zu einem fast flächendeckenden Lebensmittelhandel für Arme entwickelt. Die Unternehmen, die ihre Reste auf diesem Wege entsorgen, haben dadurch gleich mehrere Vorteile. Sie sparen Personalkosten, indem sie die Aussortierung alter Ware den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln überlassen. Sie sammeln Spendenquittungen und sparen Steuern. Nicht zuletzt erhalten sie ein zusätzliches Werbeinstrument und können sich mit dem Etikett sozialer Verantwortung schmücken. Nicht nur die Hauptsponsoren Metro, Lidl und Rewe, fast alle wichtigen Einzelhändler arbeiten eng mit den Tafeln zusammen.

Das Prinzip „Reste für Arme“ durchzieht unsere Gesellschaft. Den täglichen Mangel von Millionen versucht eine zunehmende Vielfalt von Hilfseinrichtungen zu kompensieren, neben den Tafeln z.B. Sozialkaufhäuser und Kleiderkammern, Suppenküchen und medizinische Gratisambulanzen, Sozialtickets oder Kulturbörsen. Wer zu arm ist, die nötigsten Güter und Dienstleistungen zu bezahlen, wird auf den Parallelmarkt der Wohltätigkeit verwiesen. Eine Hartz-IV-Ökonomie entsteht, die überall dort einspringt, wo Wirtschaft und Sozialstaat den Menschen ihre gerechte Teilhabe und Existenzsicherung versagen.

Perspektiven

Der Begriff „Armutshandel“ bezeichnet eine Wirtschaftskette, die in all ihren Gliedern Armut produziert oder verfestigt. Er benennt das Phänomen, dass Waren heute häufig von Armen hergestellt, von Niedriglöhnern verkauft und am Ende (des Haltbarkeitsdatums) als Restposten an Bedürftige gespendet werden. Welche Ausprägungen ein solcher Armutshandel annehmen kann, zeigt ein amerikanisches Beispiel: In einem Walmart-Supermarkt in Ohio sammelten Mitarbeitende zu Thanksgiving Nahrungsmittel – nicht für Hilfsprojekte, sondern für arme Kollegen.

Der Armutshandel kann nur überwunden werden, wenn die Wirtschaft selbst Verantwortung übernimmt. Die immer deutlicher zu Tage tretenden sozialen Folgen des Systems kann der Handel nicht auf Dauer damit überdecken, dass er Brosamen der Überschussproduktion auf die Tafeln fallen lässt. Um Armut zu verhindern, muss der Handel in den Lieferketten faire Preise zahlen und menschenwürdige Produktionsbedingungen einfordern. Ebenso muss er seinen eigenen Beschäftigten Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen bieten. Die Politik muss hierfür u.a. durch einen gesetzlichen, auskömmlichen Mindestlohn den Rahmen setzen.

Die direkte solidarische Hilfe von Mensch zu Mensch ist ein hohes gesellschaftliches Gut und verdient Respekt. Doch die Tafeln und anderen Einrichtungen der Hartz-IV-Ökonomie lindern Armut nur und können sie nicht bekämpfen. Sie nehmen zudem der Politik den Druck, die staatlichen Sozialleistungen wieder armutsfest zu machen. Seit Jahren bleibt der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern die seriöse Berechnung des Existenzminimums schuldig. Überfällig ist eine deutliche, bedarfsgerechte Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für Erwachsene und Kinder sowie eine armutsfeste Rente. Es geht um Recht und Würde und nicht um Gnade. Das Ziel muss sein: eine Gesellschaft ohne Tafeln.



Studien und Stellungnahmen

Brot für die Welt & EED (Hg.): „Ökofaire Beschaffungspraxis in Kirche und Diakonie“ Studie, September 2011

Caritas in NRW (Hg.): „Brauchen wir Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern?“-Studie, 2011

Christliche Initiative Romero und ver.di (Hg.): „Im Visier: Orangensaft bei Edeka, Rewe, Lidl, Aldi & Co. - Blind für Arbeitsrechte?“; Studie, Oktober 2013

Deutscher Bundestag: „Lohndumping im Einzelhandel und die Verantwortung der Politik. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke“- Drucksache 17/13647, 28. Mai 2013

Diakonie Deutschland: „Mindestlohn muss Wirklichkeit werden“; Pressemeldung vom 11. November 2011

Diakonie Deutschland: „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein. „Tafeln“ im Kontext sozialer Gerechtigkeit“; Positionspapier, März 2010

Diakonie Deutschland: „Stellungnahme bezüglich der Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung“- 20. August 2013

Diakonie Deutschland: „Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung unter besonderer Berücksichtigung von Kindern bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres“; Stellungnahme, 5. September 2013

Günther Salz: „Müll für Menschen. Überschuss und ‚Überflüssige‘ – zur Kritik der Almosen und Warenökonomie am Beispiel der Tafeln“; Standpunkte 08/2013

KAB Deutschland: „Niedriglöhne verhindern – gesetzlichen Mindestlohn einführen“- Beschluss des KAB-Bundesvorstands, Februar 2012

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt: „Hartz-IV-Ökonomie – wie sich eine Parallelwelt verfestigt“- Stellungnahme, Mai 2011

Landeserwerbslosenausschuss ver.di Bayern: „Das Tafelunwesen“- Arbeitspapier, 30. August 2013

Manager Magazin: „Die 500 reichsten Deutschen. Karl Albrecht bleibt reichster Deutscher“, Onlineartikel; 7. Oktober 2013

Oxfam (Hg.): „Die Macht der Supermarktketten“- Broschüre der Supermarkt-Initiative; 2013

Projekt LohnSpiegel.de: „Was verdienen Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel?“; Arbeitspapier, Mai 2013

Statistisches Bundesamt: „Armutsgefährdung in Ostdeutschland nach wie vor höher“- Pressemitteilung, 29. August, 2013

ver.di-Bundeskongress: „Eine bessere Existenzsicherung statt Verarmung, Vertafelung und prekäre Arbeitsverhältnisse“- Beschluss, 2011